

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 91. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019

1. Abgeordnete
Daniel Schäffner und
Heiko Sippel (SPD)

Initiative zur Rechtsdurchsetzung im Netz – „Verfolgen und Löschen“

Am 24. September 2019 gaben das rheinland-pfälzische Justizministerium und die Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz den Startschuss für die gemeinsame Initiative „Verfolgen und Löschen“ in einer gemeinsamen Pressemitteilung bekannt. Medienaufsicht, Strafverfolgungsbehörden und Medienhäuser arbeiten hierbei zusammen, um strafrechtliche Inhalte im Netz nicht nur zu löschen, sondern auch die Urheber der Inhalte strafrechtlich zu verfolgen. Gemeinsam soll so ein neuer Weg eingeschlagen werden, Hass im Netz zu bekämpfen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was ist das Ziel der gemeinsamen Initiative „Verfolgen und Löschen“?
2. Welche Hindernisse sieht die Landesregierung derzeit bei der Verfolgung strafbarer Inhalte im Netz?
3. Auf welche Weise unterstützt die Landesregierung das Projekt?
4. Mit welchen anderen Mitteln versucht die Landesregierung, Hetze im Netz zu bekämpfen?

2. Abgeordnete
Christian Baldauf,
Marion Schneid und
Johannes Zehfuß (CDU)

Umsetzung einer dritten Rheinquerung im Bereich Ludwigshafen

In Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Frage einer dritten Rheinbrücke in der Region um Ludwigshafen hat Staatssekretärin Daniela Schmitt für die Landesregierung erklärt, sie halte eine „zusätzliche Rheinquerung“ dort für „hilfreich“. Eine ganze Reihe von Fragen, insbesondere zur konkreten Umsetzung, sind in diesem Kontext allerdings offen bzw. unbeantwortet geblieben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Handelt es sich hierbei, gerade vor dem Hintergrund der kritischen Haltung des grünen Koalitionspartners zu zusätzlichen Rheinbrücken, um eine innerhalb der Landesregierung abgestimmte und von allen Koalitionspartnern getragene Auffassung?
2. Welche Schritte plant die Landesregierung, um eine dritte Rheinbrücke im Bereich Ludwigshafen umzusetzen?
3. Wann wird die Landesregierung dazu in substantielle Gespräche mit der baden-württembergischen Landesregierung eintreten?

**3. Abgeordneter
Joachim Paul (AfD)**

Petition „Stoppt die Früheinschulung in Rheinland-Pfalz!“

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum spricht sich die Landesregierung gegen eine Kann-Bestimmung für Kinder aus, die im Juli oder August sechs Jahre alt werden, obwohl das Bildungsministerium selbst mitteilte, es gäbe keinen eindeutigen Beleg, ob eine frühere oder spätere Einschulung besser sei?
2. Kann die Landesregierung ausschließen, dass eine zu frühe Einschulung ein Hindernis für den schulischen Erfolg ist?
3. Wie ist die Verweigerung des Elternwillens in dieser den Eltern so wichtigen Angelegenheit vereinbar mit der Position, dem Elternwillen beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule höchste Priorität einzuräumen?
4. Wird die Landesregierung Konsequenzen ziehen, falls die Petition das Quorum erreicht? Falls ja, welche?

**4. Abgeordnete
Steven Wink und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)**

Arbeitnehmerentsendung zwischen Deutschland und Frankreich

Am Montag, den 14. Oktober 2019, hat im Saarland ein Spitzentreffen von Staatssekretären der deutsch-französischen Grenzregion stattgefunden. Bei diesem ging es um den Abbau von Hindernissen bei den Arbeitnehmerentsendungen in der deutsch-französischen Grenzregion.

In Zukunft sollen die Verwaltungsanforderungen auf der französischen Seite für deutsche Unternehmen vereinfacht werden. Das gemeinsame Ziel ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beider Länder zu vertiefen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir Landesregierung:

1. Wie wird seitens der beteiligten Länder die Arbeitnehmerentsendung zum gegenwärtigen Zeitpunkt bewertet?
2. Welche Vereinbarungen wurden im Rahmen des Treffens getroffen?
3. Wurde und wenn ja, wie, die rheinland-pfälzische Wirtschaft eingebunden?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Treffens?

**5. Abgeordnete
Katharina Binz und
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund stärken: Wahl zu kommunalen Beiräten für Migration und Integration

Am 27. Oktober 2019 finden die nächsten landesweiten Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration statt. In Rheinland-Pfalz haben fast 1 Million Menschen einen Migrationshintergrund und ein bedeutendes Instrument für ihre politische Partizipation auf kommunaler Ebene sind die Beiräte für Migration und Integration. Dieses demokratisch legitimierte Gremium formuliert seine Anliegen vor Ort und vertritt diese gegenüber dem Stadtrat, der Verwaltung und der Öffentlichkeit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Kommunen in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, einen Beirat für Migration und Integration einzurichten und auf welcher rechtlichen Grundlage?
2. Wie viele Personen werden sich bei den diesjährigen Beiratswahlen zur Wahl stellen?
3. Wie hat die Landesregierung die diesjährigen Beiratswahlen unterstützt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz?

6. Abgeordnete
Simone Huth-Haage
(CDU)

Finanzielle Kinderwunsch-Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz

Das Bundesfamilienministerium unterstützt Kinderwunschaare durch die Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ finanziell. Eine finanzielle Beteiligung des Bundes ist generell nur möglich, wenn das Land sich ebenso beteiligt. Dies ist in Rheinland-Pfalz – anders als in anderen Bundesländern – nicht der Fall, da das Land keine Förderung bzw. Hilfe für ungewollt kinderlose Paare anbietet.

Am 17. September 2019 meldete die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), dass infolge der Einführung der Kinderwunsch-Förderung in Nordrhein-Westfalen in den ersten beiden Septemberwochen bereits 200 Anträge auf finanzielle Unterstützung eingegangen seien. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt seit dem 1. September für das Kalenderjahr 2019 3,7 Mio. Euro zu diesem Zweck bereit. Die Anzahl der Anträge zeigt, dass dieses Instrument äußerst positiv von den Menschen in unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen angenommen wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum bietet das Land keine entsprechende Kofinanzierung im o. g. Sinne für Kinderwunschbehandlungen an?
2. Plant das Land, in Zukunft eine derartige finanzielle Hilfe einzuführen?
3. Bietet das Land andere finanzielle Förderungen an, welche Kinderwunschaaren von Nutzen sind?

7. Abgeordnete
Sven Teuber und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Modellprojekt „Gemeineschwester^{plus}“

Wie aktuellen Presseberichten zu entnehmen ist, wird das Projekt Gemeineschwester^{plus} nunmehr in zwölf weiteren Kommunen in Rheinland-Pfalz angeboten. Das Modellprojekt startete in seiner ersten Phase am 1. Juli 2015 und endete am 31. Dezember 2018. Seit 1. Januar 2019 wird es in einer zweiten Phase fortgeführt. Bis jetzt im Einsatz sind 19 Gemeineschwester^{plus} mit 12,5 Vollzeitstellen, beschäftigt bei 13 Arbeitgebern (fünf Kommunen und acht Anstellungsträger). Mit 10,5 zusätzlichen Vollzeitstellen werden jetzt die Landkreise Ahrweiler, Bad Dürkheim, Cochem-Zell, Donnersbergkreis und Vulkaneifel, die Landeshauptstadt Mainz, die Stadt Speyer, die kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstraße in Kooperation mit der Verbandsgemeinde Maikammer, die Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen, die Gemeinde Morbach sowie die Verbandsgemeinde Kirchen präventive Hausbesuche für Menschen, die älter als 80 Jahre sind, anbieten. Durch aufsuchende und präventive Beratung sollen diese hochbetagten Menschen dabei unterstützt werden, ihre Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was sind die Aufgaben und Ziele der Gemeineschwester^{plus}?
2. Wie stellt sich die regionale Verteilung der Gemeineschwester^{plus} seit Beginn des Modellprojekts dar?
3. Wie schätzt die Landesregierung die bisherige Arbeit der Gemeineschwester^{plus} ein?
4. Wie schätzt die Landesregierung die zukünftige Entwicklung der Gemeineschwester^{plus} ein?

8. Abgeordneter
Martin Louis Schmidt
(AfD)

Zeitzeugengespräche im Schulunterricht

Am 9. November 2019 jährt sich der Fall der Mauer zum 30. Mal. Da die heutige Schülergeneration sowohl die deutsche Teilung als auch die Friedliche Revolution nicht selbst erlebt hat, sind Zeitzeugengespräche im Schulunterricht von erheblicher Bedeutung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie oft wurden Zeitzeugen – vermittelt durch die Koordinierungsstelle Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut – in den letzten fünf Schuljahren in die rheinland-pfälzischen Grundschulen und in die Sekundarstufe eingeladen (bitte nach Grundschulen und Sekundarstufe getrennt für das jeweilige Schuljahr auflisten)?
2. Wie oft wurden Zeitzeugen – vermittelt durch die Koordinierungsstelle im Pädagogischen Landesinstitut – in den letzten fünf Schuljahren in die Grundschulen zum Themenfeld „Leben in der DDR“ eingeladen (bitte für das jeweilige Schuljahr auflisten)?
3. Wie oft wurden Zeitzeugen – vermittelt durch die Koordinierungsstelle im Pädagogischen Landesinstitut – in den letzten fünf Schuljahren in die Sekundarstufe zum Themenfeld „Friedliche Revolution, Mauerfall und Wiedervereinigung“ eingeladen (bitte für das jeweilige Schuljahr auflisten)?
4. Wie oft wurden Zeitzeugen – vermittelt durch die Koordinierungsstelle im Pädagogischen Landesinstitut – bisher zu den Themenfeldern „Deutschland und Frankreich – ein Beispiel für europäische Nachbarschaft“ (Klasse 7/8), „Totalitäre Herrschaft am Beispiel des Nationalsozialismus“ (Klasse 9), „Geteiltes Land – geeintes Land: Deutschland im Wandel“ (Klasse 9), „Herausforderung Europa“ (Klasse 9) und „Migration“ (Klasse 10) eingeladen (bitte nach Themenfeldern getrennt für das jeweilige Schuljahr auflisten)?

9. Abgeordnete
Steven Wink und
Marco Weber (FDP)

Runder Tisch Radverkehrsentwicklungsplan 2030

Mitte Oktober 2019 hat die Landesregierung den ersten Runden Tisch zum „Radverkehrsentwicklungsplan 2030“ organisiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was sind die Intention und Ziele des Runden Tisches Radverkehrsentwicklungsplan (RVEP) 2030?
2. Wie verläuft das Beteiligungsverfahren zum RVEP 2030?
3. Welche Handlungsfelder werden definiert?
4. Welches weitere Vorgehen zur Entwicklung des RVEP 2030 ist geplant?

10. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kampagne „Müll nicht rum – #borgs dir“ zur Müllvermeidung

Rund 2,8 Milliarden Einwegbecher für Heißgetränke werden pro Jahr in Deutschland verbraucht. Auch in Rheinland-Pfalz entstehen aufgrund von Einwegprodukten große Müllberge. Das Umweltministerium Rheinland-Pfalz hat deshalb die Kampagne „Müll nicht rum – #borgs dir“ gestartet, um verschiedene Mehrweg-Initiativen, wie z. B. den „BecherBonus“, zusammenzuführen und zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Ziele verfolgt die Kampagne „Müll nicht rum – #borgs dir“?
2. Welche Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner konnten bereits im Rahmen dieser Kampagne zur Müllvermeidung gewonnen werden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Kampagne „Müll nicht rum – #borgs dir“ hinsichtlich der potenziellen Einsparungen von Ressourcen bzw. Klimagasen?
4. Wie soll sich die Kampagne „Müll nicht rum – #borgs dir“ in den nächsten Jahren weiterentwickeln?

**11. Abgeordneter
Michael Billen (CDU)****Nothilfen zur nachhaltigen Wiederaufforstung: Beitrag des Landes Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland, aber gut dreiviertel des Walds ist krank. Extremwetter wie Dürre, Niedrigwasser und Starkregen setzt den Wäldern zu. Die Förderung der Forstwirtschaft ist nach der im Grundgesetz vorgegebenen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern Länderaufgabe. Dies gilt auch für Hilfsmaßnahmen in Krisenfällen.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stellt darüber hinaus zur Rettung des Waldes 500 Mio. Euro zur Verfügung. Die erforderlichen Maßnahmen sollen gemeinsam mit den Ländern über die Kofinanzierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) geschultert werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen plant das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen dieses Wiederaufforstungsprogramms?
2. Welche Kofinanzierung aus Mitteln des Landes ist zur Nutzung der o. g. Mittel geplant?
3. Welche Mittel bringt das Land im Rahmen von Programmen zur Wiederaufforstung ohne Kofinanzierung des Bundes auf?
4. Wie wird die Landesregierung mit potenziell nicht genutzten Geldern der GAK-Mittel für die Landwirtschaft umgehen?

**12. Abgeordnete
Nico Steinbach und
Hans Jürgen Noss (SPD)****Absturz eines F-16 Kampffjets in der Eifel**

Am Dienstag, dem 8. Oktober 2019 kam es bei Zemmer-Rodt im Landkreis Trier-Saarburg zum Absturz eines US-Kampffjets des Typs F-16. Der Berichterstattung zufolge sei das Flugzeug, das auf dem US-Stützpunkt in Spangdahlem stationiert war, im Rahmen eines Übungsflugs verunglückt. Die Absturzstelle lag nur wenige hundert Meter neben dem Ortsteil Rodt in einem Waldgebiet. Der Trierische Volksfreund berichtete, dass die Maschine noch ca. 12 Kilometer führungslos weitergeflogen sei, nachdem der Pilot sich per Schleudersitz gerettet habe.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Ist es üblich, dass die Flüge auch über bewohnten Gebieten stattfinden?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zum Hergang des Unglücks und insbesondere zu dem Umstand vor, dass die F-16 offenbar mehrere Kilometer führungslos über bewohntes Gebiet geflogen ist?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Verlauf der Bergungsarbeiten?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu möglichen Umweltauswirkungen, die von dem Vorfall ausgehen können?

**13. Abgeordnete
Dr. Sylvia Groß (AfD)****Personalnotstand in der Pflege in Rheinland-Pfalz**

Angesichts der von der Landesregierung initiierten Maßnahmen, den Personalstand in der Pflege zu reduzieren, frage ich die Landesregierung:

1. Welchen Erfolg verspricht sich die Landesregierung davon, die Ausbildungsplätze in den Pflegeberufen bis zum Schuljahr 2021/2022 um 1 030 auf 7 790 zu erhöhen, wenn im Schuljahr 2017/2018 1 483 und im Schuljahr 2018/2019 1 614 Ausbildungsplätze in der Pflege nicht besetzt waren, so zu entnehmen der Antwort der Landesregierung, Drucksache 17/9972, auf unsere Große Anfrage, Drucksache 17/9673?
2. Um konkret welche Maßnahmen handelt es sich, wenn die Landesregierung in ihrer o. a. Antwort auf unsere Große Anfrage aufführt, sie wolle durch „geeignete Maßnahmen“ im Betrieb und in der Schule darauf hinwirken, Abbruch- und Ausstiegsquoten in der Pflege weiter zu verringern?
3. Welche konkreten Erfolge können im Hinblick auf die „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0“ inzwischen evaluiert werden, wenn die Landesregierung in ihrer Antwort auf unsere o. a. Große Anfrage angibt, sie wolle verhindern, dass Absolventen der Altenpflegeausbildung das Berufsfeld in den ersten fünf Jahren wieder verlassen, um in einem anderen Berufsfeld zu arbeiten?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die – in ihrer Antwort auf unsere o. a. Große Anfrage dargestellte – Tatsache, dass von 152 akademisch ausgebildeten Pflegefachkräften, die in der stationären Pflege arbeiten, 40 Personen und damit mehr als ein Viertel, in der körperbezogenen Pflege bzw. in der Betreuung der Pflegebedürftigen tätig sind – insbesondere im Hinblick auf die Aussage der Landesregierung innerhalb unserer o. a. Großen Anfrage, dass sich nach Abschluss eines Studiums im Bereich der Pflege „im Vergleich zur Ausbildung andere Berufsperspektiven ergeben“ würden und hierin „die Attraktivität“ eines solchen Studiums läge?

**14. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Dirk Herber (CDU)****Rechtsextremismus bekämpfen – Verfassungstreue überprüfen**

Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie die Angestellten im öffentlichen Dienst müssen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Bewerberinnen und Bewerber für öffentliche Ämter (Beamte, Richter, Angestellte) auf deren Verfassungstreue hin zu überprüfen?
2. Beabsichtigt die Landesregierung die Bewerber für öffentliche Ämter (Beamten, Richter, Angestellte) durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen?
3. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber für öffentliche Ämter wurden seitens des zuständigen Ministeriums aufgrund fehlender Verfassungstreue seit 2015 abgelehnt?
4. Bei wie vielen Bediensteten des Landes Rheinland-Pfalz (Beamte, Richter, Angestellte) bestehen derzeit Zweifel an der Verfassungstreue?

**15. Abgeordnete
Benedikt Oster und
Alexander Schweitzer
(SPD)****Grenzüberschreitender Schienenverkehr**

Beim Deutsch-Französischen Ministerrat am 16. Oktober 2019 in Toulouse spielte auch der für Rheinland-Pfalz so wichtige grenzüberschreitende Schienenverkehr eine Rolle. Konkrete Projekte befinden sich derweil schon in Umsetzung, wie etwa die Ausschreibung für ein den technischen Anforderungen beider Länder genügendes Schienenfahrzeug.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem grenzüberschreitenden Schienenverkehr mit Frankreich bei?
2. Welche Strecken sind derzeit und perspektivisch Schwerpunkte?
3. Wie ist der Stand der Ausschreibung des oben genannten Fahrzeugs?
4. Welche weiteren Maßnahmen zur Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs mit Frankreich plant die Landesregierung?

**16. Abgeordneter
Marcus Klein (CDU)****Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern**

Der Berichterstattung über eine Auslandsreise der Ministerpräsidentin war zu entnehmen, dass es Gespräche zur Ansiedlung einer Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern gab. Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Ergebnis hatten die Gespräche mit Blick auf eine baldige Ansiedlung einer industriellen Batteriefertigung am Standort Kaiserslautern?
2. Wie waren die bereits am Standort ansässigen Firmen der Automobilbranche in die Gespräche eingebunden und informiert?
3. Wie ist der aktuelle Stand des beihilferechtlichen Verfahrens zur Ansiedlung einer Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern, an dem bereits standortansässige Firmen beteiligt sind?
4. Mit welchen Auswirkungen rechnet die Landesregierung aufgrund der Erkenntnisse aus den Gesprächen auf ein durchzuführendes beihilferechtliches Verfahren?

**17. Abgeordneter
Matthias Joa (AfD)****Wirtschaftliche Folgen des Klimapakets für Rheinland-Pfalz**

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 15. Oktober 2019 kritisierte Staatssekretär Becht das Klimapakets der Bundesregierung massiv.

Zu den Ausführungen von Staatssekretär Becht gibt es folgende Nachfragen an die Landesregierung:

1. Inwiefern können die Sektorziele des Klimapakets dazu führen, dass Genehmigungen für Industrieanlagen infrage gestellt werden?
2. Inwiefern schadet das Klimapakets der Investitionssicherheit in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Maßnahmen des Klimapakets führen zu einer Doppelbelastung im Zusammenhang mit dem Europäischen Emissionshandel?
4. Wird die Landesregierung das Klimapakets aufgrund der genannten negativen Folgen für die Wirtschaft ablehnen?

**18. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
und Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Absturz eines US-Kampffjets bei Zemmer**

Am 8. Oktober 2019 stürzte ein auf der amerikanischen Airbase Spangdahlem stationiertes Kampfflugzeug vom Typ F-16 der US-Streitkräfte in einem Waldgebiet bei Zemmer-Rodt (Verbandsgemeinde Trier-Land, Kreis Trier-Saarburg) ab.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung über den Flugzeugabsturz vom 8. Oktober 2019?
2. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über die durch den Absturz verursachten Umweltbelastungen, z. B. Beeinträchtigung von oberflächennahen Trinkwasserquellen, durch ausgelaufenen Treibstoff (Kerosin, Hydrazin) vor?
3. Wer ist im Falle eines Schadens (z. B. Beschädigungen durch Frackteile) bzw. eines Umweltschadens (z. B. verseuchtes Erdreich durch Treibstoffe) für die Kostenübernahme bzw. Sanierung verantwortlich?

**19. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Guido Ernst (CDU)****Herkunftssprachenunterricht**

In der Presse (zuletzt „Der Tagesspiegel“ vom 14. Oktober 2019) ist immer wieder davon zu lesen, dass Schüler in Rheinland-Pfalz unter bestimmten Bedingungen als Unterrichtssprache in nicht deutscher Sprache unterrichtet werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Unter welchen Bedingungen findet Herkunftssprachenunterricht für Schüler in Rheinland-Pfalz statt?
2. Wie vielen Schülern wurde in Rheinland-Pfalz in den vergangenen drei Schuljahren jeweils Herkunftssprachenunterricht erteilt?
3. Wie viele Unterrichtsstunden wurden in Rheinland-Pfalz in den vergangenen drei Schuljahren jeweils in der Herkunftssprache der Schüler erteilt?

20. Abgeordnete
Sven Teuber und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Zusätzliche Sicherstellungszuschläge zur Sicherstellung der flächendeckenden Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz

Ende September hat der Ministerrat den Entwurf der Landesverordnung zum Sicherstellungszuschlag nach dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) zur Sicherstellung der flächendeckenden Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz im Grundsatz gebilligt. Die zusätzlichen Sicherstellungszuschläge aufgrund der Landesverordnung werden nach einem Grundbescheid des Gesundheitsministeriums zwischen den Krankenhäusern und den Kostenträgern der Höhe nach vereinbart.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sind nach Kenntnis der Landesregierung die Kriterien für die Unverzichtbarkeit von Krankenhäusern bundesweit geregelt?
2. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Verordnungsentwurf für eine Landesverordnung zur Sicherstellung der flächendeckenden stationären Krankenhausversorgung?
3. Welche Krankenhausstandorte könnten von der Verordnung profitieren?

21. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Dirk Herber (CDU)

Einheitlicher Standard bei der Einsatzverpflegung für unsere Polizistinnen und Polizisten

Eine qualitativ gute und nahrhafte Verpflegung der Polizistinnen und Polizisten bei Einsätzen ist wichtig. Zu begrüßen ist deshalb, dass die Verpflegungspauschale endlich angehoben wurde. Der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Polizeispiegel“ der Deutschen Polizeigewerkschaft ist zu entnehmen, dass es trotzdem auch weiterhin Lunchbeutel gibt, die bei den Einsatzkräften auf (teils massive) Kritik stoßen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch ist die Verpflegungspauschale für eine Polizistin/einen Polizisten pro Einsatz?
2. Nach welchen Kriterien und von wem werden die Lunchpakete zusammengestellt?
3. Wird bei der Zusammenstellung auf Produkte aus regionaler Landwirtschaft geachtet?
4. Welche Möglichkeiten bestehen nach Auffassung der Landesregierung, um die Einsatzverpflegung weiter zu verbessern?